



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/5094

VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

4.

Januar 2024

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0102- 0003#2023/0022-0301 34 Bitte immer angeben!		Max Gielowski max.gielowski@mdi.rlp.de	06131 16-3210 06131 16-17-3210

Sitzung des Innenausschusses am 5. Dezember 2023

TOP 5: Situation der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Bitburg

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/4726 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 5. Dezember 2023 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu TOP 5 „Situation der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Bitburg“ zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Ebling

Anlage



Sitzung des Innenausschusses am 5. Dezember 2023
TOP 5: Situation der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Bitburg
Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/4726 -

Die Migrationslage der vergangenen Wochen und Monate war und ist hochdynamisch. Die Sicherheitsbehörden des Landes Rheinland-Pfalz beobachten die Entwicklung sehr aufmerksam und kooperieren hierbei eng mit dem Bund und den anderen Ländern. In den nachfolgenden Ausführungen werde ich mich auf den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums beschränken; durch das MFFKI wird eine Berichterstattung zu den Punkten erfolgen, die in dessen Ressortkompetenz liegen.

Zu dem Thema stehen wir in sehr engem Austausch mit den Polizeibehörden. Wie Sie wissen, hat die Landesregierung schon frühzeitig ab 2016 aufwachsend an den AfA-Standorten jeweils eine Ermittlungsgruppe Migration eingerichtet. Mittlerweile gibt es insgesamt fünf dieser Ermittlungsgruppen. Sie sollen nach ihrem Sinn und Zweck vor Ort in erster Linie als Vermittler agieren und in dieser Rolle auch wahrgenommen werden. Dabei übernehmen sie schwerpunktmäßig Ermittlungs-, Koordinierungs- und Aufklärungsaufgaben. Mit der Einrichtung dieser sehr wertvollen Organisationseinheiten nimmt die Polizei Rheinland-Pfalz bundesweit eine Vorreiterstellung ein.

Jüngst hatte der Inspekteur der Polizei, Friedel Durben, Vertreterinnen und Vertreter aller Ermittlungsgruppen Migration und der jeweils örtlich zuständigen Polizeiinspektionen zu einem persönlichen Austausch eingeladen. In dem gemeinsamen Gespräch berichteten die Teilnehmenden, dass sich die polizeiliche Lage in den Aufnahmeeinrichtungen trotz der hohen Belegungszahlen bislang ruhig darstellt.

Mir ist dabei sehr bewusst, dass sich diese objektive Sicherheitslage oft nicht mit dem Sicherheitsgefühl der Menschen deckt. Aus diesem Grund nehme ich die Sorgen der



Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sehr ernst und habe - wie bereits erwähnt - die Sicherheitsbehörden gebeten, die Lage weiterhin aufmerksam zu beobachten und regelmäßig zu berichten.

Viele Einsätze der Ermittlungsgruppen Migration fallen gar nicht in die originäre Zuständigkeit der Polizei. Vielmehr suchen die Bewohnerinnen und Bewohner Hilfestellung in vielfältigen Fragestellungen des täglichen Lebens. Insofern übernehmen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vor Ort auch wichtige Aufgaben im Bereich der Sozialarbeit. Durch diese Tätigkeit und das Auftreten als Bürgerpolizei für alle in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen werden spätere Interventionen, soweit sie im Einzelfalle notwendig werden, erheblich erleichtert, da die Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohner der AfA der Polizei positiv gegenübersteht und diese unterstützt.

Sehr positiv wird im Übrigen auch das gute Verhältnis zu den Netzwerkpartnern und Sicherheitsdiensten vor Ort bewertet. Diese Netzwerke tragen maßgeblich zu erfolgreichem polizeilichen Handeln bei.

Insofern bin ich davon überzeugt, dass wir in Rheinland-Pfalz den richtigen Weg gehen. Durch die Ermittlungsgruppen Migration sind wir vor Ort präsent und nah an den Menschen. Durch die Einsatzkräfte der örtlich zuständigen Polizeiinspektionen können wir bei Bedarf effektiv intervenieren. Diese beiden Komponenten erwirken im Zusammenspiel professionelle Polizeiarbeit im Umfeld der Aufnahmeeinrichtungen.

Selbstverständlich gehen steigende Belegungszahlen mit steigenden Einsatzzahlen einher. Dort, wo viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, kommt es zwangsläufig auch zu Konflikten. Der Antrag der Freien Wähler bezieht sich auf eine Berichterstattung des Trierischen Volksfreund zu vermehrten Polizeieinsätzen in der AfA Bitburg, so dass ich Ihnen die entsprechenden Zahlen gerne darstellen werde. In diesem Zusammenhang weise ich allerdings darauf hin, dass die Daten noch im Wandel sind, im Laufe der Bearbeitung noch Änderungen eintreten werden und damit nicht abschließend sind. Endgültige Aussagen sind erst mit Vorliegen der abschließenden



PKS-Zahlen möglich. Zudem erfolgt mit Blick auf den Antrag der Freien Wähler eine Fokussierung auf die Daten der Polizeiinspektion Bitburg.

Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums Trier wurden im Jahr 2022 bei der Polizeiinspektion Bitburg insgesamt 38 Einsätze anlässlich strafrechtlicher Ermittlungen innerhalb der Unterkunft registriert, die auch dort bearbeitet wurden. Im Jahr 2023 waren es mit Stand 4. November 2023 bislang 107. Außerhalb der Einrichtung gab es 2022 bei der Polizeiinspektion Bitburg insgesamt 49 Einsätze anlässlich strafrechtlicher Ermittlungen mit Bezug zur AfA, die auch bei der Polizeiinspektion Bitburg bearbeitet wurden bzw. werden. Im Jahr 2023 waren es mit Stand 4. November 2023 bereits 119 Einsätze. Der Schwerpunkt lag in beiden Jahren innerhalb der Einrichtung auf Körperverletzungsdelikten und außerhalb der Unterkunft auf Diebstahlsdelikten. Selbstverständlich handelt es sich hierbei in relativen Zahlen um einen erheblichen Anstieg. Man muss allerdings berücksichtigen, dass sich die Belegungszahlen nahezu verdoppelt haben und die Außenstelle im Hotel Eifelstern erst im Jahr 2023 belegt wurde. Zudem wurde nach der Entscheidung für den dauerhaften Betrieb der AfA in Bitburg auch eine Angleichung der Zusammensetzung der Belegung an die anderen AfA vorgenommen. Insofern war die Entwicklung der Einsatzzahlen von der Polizei im Rahmen der Lagebeurteilung erwartet worden.

Die Polizei in Bitburg hat schon frühzeitig reagiert und beispielsweise ihre Mindeststärken in einsatzstarken Zeiten erhöht. Durch entsprechende innerorganisatorische Maßnahmen sind kurze Einsatzreaktionszeiten für den Bereich der AfA gewährleistet.

In der Gesamtschau kann ich damit bestätigen, dass es zu einer Erhöhung der Einsatzeinsätze gekommen ist. Diese Entwicklung ist mit Blick auf die Entwicklung der Lage aber nicht verwunderlich, sondern spiegelt die Tatsachen vor Ort wider. Die Polizei hat – gemeinsam mit den Akteuren vor Ort - die Lage sehr gut im Griff und kann kurzfristig auch auf Änderungen reagieren. Vor diesem Hintergrund und auch nach



Mitteilung des Polizeipräsidiums Trier erscheint daher derzeit eine personelle Anpassung nicht notwendig.